

## Hauptstädtischer Munizipalausschuß.

— Ordentliche Generalversammlung. —  
Budapest, 18. Juni.

Der Munizipalausschuß hat heute ein starkes Pensum in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Der überwiegende Teil der auf die Tagesordnung angelegten Magistratsvorlagen wurde ohne jede Debatte erledigt und selbst die wichtigsten Vorlagen riefen nur kurze Debatten hervor, so daß die Tagesordnung schon um 7 Uhr abends vollkommen erschöpft war. Es gab heute nur zwei Momente, die hervorgehoben zu werden verdienen: die Mitteilung des Vorsitzenden über eine Stiftung des Geheimen Rates Des Bányó und Gemahlin im Betrage von anderthalb Millionen Kronen (hierüber berichten wir an anderer Stelle) und die Zurückweisung der vom Wiener Gemeinderat gegen uns gerichteten Angriffe von Seiten eines Stadtrepräsentanten. Im Anschluß hieran erklärte Bürgermeister Dr. Bódy, die Hauptstadt, die der Stadt Wien schon wiederholt mit Lebensmitteln ausgeholfen habe, sei auch in der Zukunft nach besten Kräften zur Hilfe bereit. Diese Enunziation des Bürgermeisters wurde sympathisch aufgenommen.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Präsident Oberbürgermeister Dr. Stefan Bárczy teilte mit, Stadtrepräsentant Hofrat Jacques v. Simon habe 2000 Kronen für die Armen und Herr Josef Bencze 1000 Kronen für die Budapestener Kriegswaisen gespendet und weiland Herr Emerich Körösi 1000 Kronen für die Armen testamentarisch hinterlassen. Für die Spenden wurde Dank votiert.

Vor der Tagesordnung stellte Dr. Georg Nigrinhi den von uns bereits mitgeteilten Antrag über die Zuschüttung der um die Hauptstadt angelegten Schützengräben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Bezeichnung der Finanzinstitute, bei denen die Gelder der Hauptstadt hinterlegt werden sollen. Die Vorlage wurde, nachdem Dr. Moriz Fűredi, Dr. Béla Feleki und Bürgermeister Dr. Theodor Bódy zu diesem Gegenstande gesprochen hatten, angenommen.

Auf Antrag des Magistrats beschloß die Generalversammlung, den hauptstädtischen Pavillon für weitere 5/2 Jahre dem bisherigen Pächter zu überlassen.

Den Bericht über den Stand der Approvisionierung unterbreitete Magistratsrat Mladár Márker. Als erster sprach zu diesem Gegenstande Dr. Rudolf Havas, der die Schwierigkeiten der Obstversorgung der Hauptstadt zur Sprache brachte. Er beantragte, mit der Obstversorgung der Bevölkerung den behördlichen Gemüsehäusern zu betrauen. — Desider Perleß sprach über die Fettfrage und äußerte den Wunsch, daß die Hauptstadt die Regierung ersuche, dafür zu sorgen, daß die zu Zwecken der hauptstädtischen Schweinemastung nötige Futtermenge unbedingt zur Verfügung stehe. — Dr. Moriz Fűredi fordert eine rücksichtslose Verfolgung der Preistreiber. Redner bedauert, daß der Verifikationsausschuß das Mandat des Stadtrepräsentanten Wenzel Zeidel aus dem Grunde annulliert habe, weil er zur Zeit seiner Wahl nicht ungarischer Staatsbürger war und nicht wegen seiner Preistreiberei. — Dr. Georg Nigrinhi wünscht ebenfalls die schärfsten Maßregeln zur Bekämpfung der Preistreiberei. Redner spricht dem Vizebürgermeister Ludwig v. Follusházy und den Organen der Approvisionierungssektion für deren erspriehliches Wirken seine wärmste Anerkennung aus. (Beifall.)

Dr. Josef Waigand wies zunächst die Angriffe zurück, die der Wiener Gemeinderat wegen des in Oesterreich herrschenden Mangels an Lebensmitteln gegen Ungarn gerichtet hat. Auch wir selbst — sagte der Redner — haben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen und müssen ebenfalls Entbehrungen leiden. Das ist auch in Oesterreich wohlbekannt, um so unverständlicher und unberechtigter sind also die Wiener Angriffe. Als der Bürgermeister von Wien den Budapestener Bürgermeister um Ueberlassung von Lebensmitteln ersuchte, tat er dies in dem Bewußtsein, daß er keinen Erfolg haben könne, weil auch in Budapest große Knappheit an Lebensmitteln herrsche und Budapest demnach nicht in der Lage sei, seinen Wunsch zu erfüllen. Das Vorgehen des Wiener Bürgermeisters müsse daher als Stim-

mung in anderer Weise bezeichnet werden. Redner schilderte dann verschiedene Nebelstände auf dem Gebiete der Approvisionierung und brachte schließlich den Kauf und Verkauf der Aktien der Milchhallengenossenschaft zur Sprache. Er äußert den Wunsch, daß der Magistrat in Zukunft sich nur mit Bewilligung des Munizipalausschusses in ähnliche Transaktionen einlasse.

Bürgermeister Dr. Theodor Bódy nimmt den Wiener Bürgermeister gegenüber den Vorwürfen Dr. Waigands in Schutz. Die Behauptung, Bürgermeister Weiskirchner sei nicht bona fide vorgegangen, sei unbegründet. Wir haben Wien, so oft wir vermochten, mit Lebensmitteln ausgeholfen; vor einiger Zeit sandten wir abermals Lebensmittel nach Wien, von wo wir dafür Industrieartikel erhielten. (Widerspruch.)

Rufe: Was für Artikel?

Bürgermeister Dr. Theodor Bódy: Kleider! (Widerspruch.) Wir müssen den Bürgern von Wien, die mit uns kämpfen und bluten, nach Kräften beistehen, wir müssen ihnen helfen, wenn wir ihnen helfen können. Wir haben dies bisher getan und werden dies auch in der Zukunft nach Möglichkeit tun. (Beifall.)

Die Generalversammlung nahm sowohl den Bericht des Magistrats als auch die von Dr. Rudolf Havas und Desider Perleß gestellten Anträge einstimmig an.

Nach Unterbreitung der Vorlage über die Maßregeln zur Bekämpfung der Wohnungsnot teilte Bürgermeister Dr. Theodor Bódy mit, der Handelsminister habe ihn verständigt, daß die Regierung beschloßen habe, die Budapestener Bauaktion auf eigene Kosten durchzuführen. Die Regierung erwarte jedoch, daß die Hauptstadt die zu Zwecken der Bauten nötigen Grundstücke der Re-

gierung zur Verfügung stellen und auch alle öffentlichen Arbeiten durchzuführen werde. Für die eigenen Bauten der Hauptstadt, so für die Baracken usw., werde die Regierung die Baumaterialien zu denselben Bedingungen der Kommune überlassen, wie zu Zwecken der staatlichen Bauten. Der Bürgermeister habe dem Minister für sein Wohlwollen im Namen der Hauptstadt gedankt. (Beifall.)

Dr. Julius v. Ullmann hält nicht viel von der Bauaktion der Regierung und wünscht, daß die Hauptstadt sich damit nicht begnüge, sondern ihre Aktion fortsetze. Schließlich trat Redner dafür ein, daß denjenigen Angehörigen der Mittelklasse, die bauen wollen, dies von Seiten der Hauptstadt ermöglicht werde.

Die Vorlage wurde sodann angenommen.

Zur Vorlage über die Errichtung von Barackengebäuden zur Unterbringung hauptstädtischer Beamter sprach Anton Steinhart, der den Antrag stellte, daß die Hauptstadt den Bau sofort, ohne die Genehmigung des Beschlusses der Generalversammlung abzuwarten, in Angriff nehmen solle. Nachdem noch Dr. Michael Szalai gesprochen hatte, nahm die Generalversammlung die Vorlage samt dem Antrage Steinharts an.

Die übrigen Vorlagen wurden ohne Debatte erledigt.

Karl v. Freudiger brachte eine Interpellation ein, worin er den Wunsch ausdrückte, daß der kommunale Gemüsehäuserbetrieb die Budapestener Bevölkerung auch mit Obst versorge. Gleichzeitig bemängelte er die Obstläufe der Konservenfabriken und forderte entsprechende Maßregeln zur Wahrung der Interessen des großen Publikums. — Magistratsrat Dr. Eugen Perczel erklärte, daß binnen kurzem viel Obst nach Budapest kommen werde, da die Hauptstadt ermächtigt worden sei, ihren Bedarf durch Requirierung zu decken.

Dr. Michael Szalai forderte in seiner Interpellation, daß die Hauptstadt die Regierung ersuche, die Kennzettel im ganzen Lande zu verbieten. — Der Bürgermeister versprach, die Erledigung der Eingabe, die die Hauptstadt in dieser Angelegenheit schon vor längerer Zeit an die Regierung gerichtet hat, zu urgieren. (Zustimmung.)